

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 8909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 46 '8

BERLIN • Mittwoch den 24. Februar 1932

1. JAHRGANG

Kulturkampf.

Von Grete Hermann.

Die offizielle Katholische Internationale Presse-Agentur (KIPA) hat in ihrer Wochenschrift „Ecclesiastica“ ausführlich zum spanischen Jesuitengesetz Stellung genommen. Empörung auf der ganzen Linie: In den amtlichen Äußerungen kirchlicher Würdenträger, denen zur Bekräftigung die Urteile toleranter und kirchenfreundlicher spanischer Minister beigelegt worden sind. Die Stellungnahme des Papstes, ein Hirten schreiben und ein Protest der spanischen Bischöfe, eine Adresse der spanischen Jesuiten-Obern an das Parlament, eine juristische Denkschrift spanischer Jesuiten werden eingehend besprochen. Das Heft enthält also offenbar die Urteile, die in den Augen der kirchlichen Obrigkeit entscheidend sind zur Beurteilung des spanischen Gesetzes.

Was hat also die katholische Kirche zu der Auflösung des Jesuitenordens durch die spanische Regierung zu sagen? Die Regierung hat ihren Beschluß begründet durch den Hinweis auf das vierte Gelübde der Jesuiten, durch das diese sich dem Papst zu besonderem Gehorsam verpflichten. Zu dieser Begründung des Verbotes findet sich in den Dokumenten, von denen die „Ecclesiastica“ berichtet, nur an einer einzigen Stelle ein kleiner Hinweis. In der juristischen Denkschrift, die der Regierung von den Provinzialen der spanischen Jesuiten eingereicht worden ist, wird, wie die „Ecclesiastica“ berichtet, „nachgewiesen“, daß das vierte Gelübde der Jesuiten keinen Anlaß zur Auflösung des Ordens geben könne, da „überhaupt jeder Ordensmann dem Papst zu Gehorsam verpflichtet ist, und es sich somit bei den Jesuiten um nichts Besonderes handelt“.

Eine überaus interessante Erklärung! Sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß dieses vielumstrittene vierte Gelübde nur mit anderen Worten wiederholt, was bereits in den drei Gelübden, auf die die anderen katholischen Orden beschränkt, ausgesprochen ist, daß es also ein besonderes jesuitisches Gelübde nur vordruscht und in Wahrheit ein bloßer Wortschwall ist!

Es kann gar keine Rede davon sein, daß IGNATIUS VON LOYOLA und seine Jünger mit der Einführung des vierten Gelübdes nur eine derartige Spielerei haben treiben wollen. Dieses Gelübde bedeutete für den Stifter des Ordens eines der Mittel, durch das er seine Anhänger zum Kampfrupp zusammenschweißen wollte, der die Welt den Ideen der Kirche unterwerfen sollte. Es ist ein gerissenes Spiel jesuitischer Verdrehungskünste, eine solche Kampfpapier als harmlos und nichtssagend hinzustellen in dem Augenblick, wo der Staat aus ihr Konsequenzen zieht.

Welche Bedeutung dieser Parole in Wahrheit zukommt, geht aus zwei andern Stellen des Heftes hervor, wenn sie auch das vierte Gelübde selber in keiner Weise erwähnen.

In dem Hirten schreiben der spanischen Bischöfe, das um Weihnachten herum zum Kulturkampf in Spanien Stellung nahm, wird sorgsam und vorsichtig das gegenseitige Verhältnis von Staat und Kirche, wie es nach katholischer Auffassung sein sollte, abgewogen. Damit wird — zum ersten und einzigen Male in dieser Beurteilung des Kampfes — der wahre Gegensatz zwischen der Kirche und dem spanischen Staat berührt. Drei Schritte führen zum Ziel:

1. Ein guter Katholik achtet den Staat; denn die Kirche leitet dessen Souveränität „von Gott, dem Ursprung und Fundament aller Autorität, ab.“

2. Aber er unterscheidet scharf zwischen der „bestehenden Gewalt“, die zu achten er verpflichtet ist, und der „Gesetzgebung“.

3. „Die Annahme der ersteren bedeutet daher in keiner Weise die Zustimmung und noch weniger den Gehorsam der letzteren gegenüber, soweit sie gegebenenfalls im Widerspruch zum Gesetz Gottes und der Kirche steht.“ Ohne den Schatten einer Feindseligkeit gegenüber der herrschenden Gewalt wird der seiner Kirche treue Katholik daran arbeiten, „die bis jetzt erlassenen ungerechten und schädlichen Gesetze zum Guten zu ändern“.

Was besagen diese ruhigen und leidenschaftlos vorgetragenen Unterscheidungen? Der Wille zum legalen und sachlichen Eintreten für eine von der Kirche gebilligte Gesetzgebung scheint darin zum Ausdruck zu kommen und nicht mehr — wenn man nicht sehr genau zuseht. Das ist offenbar auch die Absicht der Verfasser: Sie verbinden ihren Protest gegen den Staat mit der Aufforderung an die Katholiken, loyal am bürgerlichen und öffentlichen Leben mitzuarbeiten, um damit dem Angriff des Staates auf die Kirche und ihren Vortrupp, die Jesuiten, abzuschlagen.

Was in Wahrheit hinter dieser kirchlichen Staatstheorie steckt, verrät das Hirten schreiben einer anderen Bischofsgruppe: Es kommt aus einem Land, wo die Kirche sich noch eine offene Sprache erlauben kann — aus Peru. Von diesem Hirten schreiben berichtet die „Ecclesiastica“ in demselben Heft, das die Theorie der spanischen Bischöfe darlegt: „Die Bischöfe bedauern, daß die religiöse Einheit Perus im Jahre 1918 zerstört worden ist, als fremdgläubigen Sekten der öffentliche

Vom Kriegsschauplatz im Fernen Osten.

Die Schlacht bei Schanghai.

Die Kämpfe dauern auf der ganzen Linie, von Wusung bis Tschapel, an. Die Hauptschlacht zog sich am Montag abend nach Tschapel hin, nachdem das bisher am meisten umstrittene Dorf Kiangwan in einen Trümmerhaufen verwandelt worden ist. Die Chinesen halten das Dorf noch immer. Der Angriff der Japaner wurde von den Chinesen, zum Teil im Nahkampf, abgeschlagen; doch dringen die Japaner von neuem vor. Erst kurz nach Mitternacht wurde das Feuer eingestellt; schon um 5 Uhr früh am Dienstag brach es wieder mit erneuter Stärke los.

Während eines chinesischen Infanterieangriffes am Montag abend wurde eine Truppe amerikanischer Seesoldaten beschossen. Auf einen amerikanischen Protest beim chinesischen Hauptquartier hin erklärten die Chinesen das Ganze für ein Mißverständnis; sie hätten die Amerikaner in ihren blauen Uniformen für Japaner gehalten.

Am Montag abend begannen die Chinesen die Beschießung des Teils der internationalen Niederlassung, in denen sich das japanische Konsulat befindet. Die Beschießung dauerte bis 1 Uhr nachts fort. Der Bevölkerung bemächtigte sich ein panischer Schrecken, die Menschen flohen in die nächsten Häuser, um Schutz zu suchen. Englische und italienische Kriegsschiffe, die in der Nähe japanischer Schiffe lagen, gerieten in Gefahr. Der italienische Generalkonsul erhob daraufhin beim chinesischen Hauptquartier Protest. Bald danach wurde das Feuer eingestellt.

Der nach Tokio zurückgekehrte Admiral Surov, der die japanischen Truppentransporte nach Schanghai begleitet hatte, berichtet, die Lage in China habe sich so zugespielt, daß das japanische Prestige auf dem Spiel stehe und es für Japan schwer werde, irgendwelche Vermittlungsbedingungen anzunehmen, die einen Zweifel über die Überlegenheit der japanischen Armee ließen. Der Admiral empfiehlt daher, sofort weitere Truppenverstärkungen auf den Weg zu bringen. Die Regierung hat hierzu aber noch nicht ihre Zustimmung gegeben.

Aus Nanking wird gemeldet, daß der christliche General FENG eine große Truppenmacht zusammenziehe, um sich dem Verteidigungskrieg gegen die Japaner anzuschließen. Er habe seine alte Feindschaft gegen Tschiang Kai Schek aufgegeben.

General SCHANG FAK WAI befindet sich mit einer chinesischen Musterdivision auf dem Marsche nach Wuchang, um sich an den Kämpfen der Japaner zu beteiligen. General

AUS DEM INHALT:
 Hitler und Duesterberg kandidieren.
 Parlamentswahlen in Japan.
 Verbrechen und Strafe in Amerika.
 Jedem Ostdeutschen seine Osthilfe.
 Krieg und Völkerrecht.
 4600 Jahre China.
 Berliner Buchdruckerkonflikt.
 Konjunkturvoraussage für die U.S.A.

JEN SIL SCHAN, der vor einiger Zeit seines Postens entsetzt worden war, ist wieder zum Oberbefehlshaber der Schansi-Armee ernannt worden.

Ein in Bombay liegendes englisches Infanteriebattalion hat Befehl erhalten, sich am Mittwoch nach Schanghai in Richtung zu setzen.

Im englischen Unterhaus berichtete Außenminister SIMON kurz über die Lage in Schanghai. Er betonte dabei, daß vorerst die Räumung der internationalen Niederlassung durch die englischen Staatsangehörigen nicht notwendig sei.

b Schanghai, 23. Februar.

Die Führer der Kantoner Regierung haben heute einen Aufruf an das chinesische Volk erlassen, in dem sie erklären, daß sie in dieser Schicksalsstunde Chinas ihren Kampf gegen Nanking aufgeben. Sie stellten ihre Truppen in den Dienst der chinesischen Republik und erwarteten, daß es jeder Chinese als nationale Pflicht betrachte, die japanischen Truppen zu bekämpfen. Es gehe jetzt nicht um das Schicksal Schanghais, sondern um das Schicksal Chinas. Der Aufruf ist von sämtlichen Führern der chinesischen Nationalbewegung in Kanton unterzeichnet.

Ausdehnung des polnischen Streiks.

1 Kattowitz, 22. Februar.

Am Montag veranstalteten die streikenden Bergarbeiter im Dombrowaer Industriegebiet zahlreiche Kundgebungen. In Czeladz, Kreis Bendzin, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Polizei, wobei auf beiden Seiten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Dabei wurde ein Arbeiter getötet, ein anderer schwer und mehrere Personen leicht verletzt.

Auf einer Versammlung des Metallarbeiterverbandes in Kattowitz wurde beschlossen, einen allgemeinen Streik abzulehnen. Dagegen faßten der Deutsche Bergarbeiterverband

und der Polnische Bergarbeiterverband (KORFANTY-Richtung) den Beschluß, den Arbeitskampf im Dombrowaer Bergbau durch Arbeitsniederlegung zu unterstützen. Der Termin für den Beginn des Streiks in Ost-Oberschlesien soll in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Die Belegschaft der Gräfin-Laura-Grube in Siemianowitz ist am Montag in den Sympathiestreik für die Dombrowaer Bergleute getreten.

Die englische Regierung zur Reparationsfrage.

m London, 22. Februar.

Die englische Regierung ist, wie der englische Außenminister auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt, mit anderen Mächten weder eine Abmachung noch eine Verständigung über die Reparationsfrage eingegangen. Sie verhandelt auch nicht über ein Abkommen oder eine Verständigung, durch die irgend wie ihre vollständige Handlungsfreiheit beeinträchtigt werden könnte. Sie ist bemüht, auf der beabsichtigten Lausanner Konferenz die Annahme ihrer öffentlich dargelegten Politik dahingehend zu sichern, daß sobald wie möglich eine umfassende Regelung der Reparationen durch eine allgemeine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden erreicht wird.

6127 000 Arbeitslose.

g Berlin, 22. Februar.

Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern 6127 000 Arbeitslose eingetragen. Das bedeutet gegenüber dem 1. Februar eine Zunahme um 85 000 und gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 104 000 Personen. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich erst Ende Februar erreicht sein. Die Zahl der Unterstützten in der Krisenfürsorge betrug am 15. Februar 1 643 000.

Gottesdienst erlaubt wurde. Sie protestieren gegen den Versuch, die katholische Religion mit anderen Religionen gleichzustellen. Sie verlangen, daß Artikel 5 der Verfassung, der erklärt: „Die Nation bekennt sich zur Römischen, Apostolischen, Katholischen Religion, und der Staat beschützt sie“, in Kraft bleiben werde. Der Hirtenbrief protestiert ferner gegen das Dekretsgesetz vom 4. Oktober 1930, das die Ziviltaxe für die Gültigkeit der Eheschließung in Peru obligatorisch macht. . . . Dringend verlangen die Bischöfe, daß das Dekret-

gesetz, das die Ehescheidung ermöglicht, . . . abgeschafft werde.“

Das sind die Ansprüche der katholischen Kirche: Sie verlangt für sich die Oberhoheit über das ganze öffentliche Leben. Wer zu lesen versteht, findet das Gleiche in dem spanischen Hirten schreiben, wenn auch verdeckt durch die Zurückhaltung, die sich die Kirche auferlegt in einem Land, in dem sie um ihre Existenz ringt. Aber die Worte, wonach die Souveränität des Staates sich ableitet, „von Gott, dem Ursprung und Funda-

ment aller Autorität", sagen genug: Sie schließen für die Kirche, die in ihrem Oberhaupt den Stellvertreter Gottes auf Erden verachtet, den Anspruch ein, daß der Staat sich zum „weltlichen Arm“ der Kirche macht, der ihrem Willen Geltung verschafft.

Wir sind im „Funken“ (vom 4. Februar) schon einmal ausführlich auf diesen Anspruch eingegangen. Wir haben gesehen, wie eng er mit dem jesuitischen Gelübde zusammenhängt, das im Grunde genommen nichts anderes ist, als die Parole der Kampftruppe, die dieses katholische Staatsideal in die Wirklichkeit umsetzen soll. Wir haben gezeigt: Ein Rechtsstaat, der sich seiner Aufgabe bewußt ist, kann eine durch dieses Gelübde gebundene Organisation nicht dulden, zumal, wenn sie — wie es die katholische Kirche und, mit besonderem Geschick, die Jesuiten tun — durch ihren Unterricht geistig Wehrlose der kirchlichen Autorität unterwirft und sie damit der Freiheit ihrer Selbstbestimmung beraubt.

Auf diese Anklagen, die von aufrechten und geistig freien Menschen seit Jahrhunderten gegen die Kirche vorgebracht worden sind, die in den Schriften der Philosophen der Aufklärung, von VOLTAIRE, LESSING, KANT u. a. bis zu einem Forscher unserer Zeit, LEONARD NELSON, hin ihre immer schärfere und tiefergehende Begründung gefunden haben, die in den Kämpfen gegen die Kirche, von der Auflehnung während der französischen Revolution an bis zu den heutigen Kirchenkämpfen in Spanien, Rußland und Mexiko, ihre treibende Kraft bewiesen haben — auf solche Anklagen antworten die offiziellen Vertreter der Kirche, die in der „Ecclesiastica“ das Wort erhalten, nicht mit einer Silbe!

Dieses Schweigen gibt mehr zu denken als alle Worte, mit denen die obersten Kirchenbehörden für die Jesuiten eintreten. Wie kann die Kirche es wagen, an diesem entscheidenden Angriff vorüberzugehen? Sie findet einen Bundesgenossen in der menschlichen Natur, der es dem Menschen nahelegt, der Stimme der Aufklärung das Ohr zu verschließen und nach der Stütze einer Autorität zu greifen, um dem eigenen Leben Halt und Ordnung zu geben. Die Angst vor der Anarchie läßt die Menschen Ausschau halten nach einer Autorität, der sie sich anvertrauen können. Und welche Autorität kann zuverlässiger und achtunggebietender sein als die Autorität Gottes?

Es ist aber nicht nur Schwäche, was in diesem Suchen nach einer Autorität zum Ausdruck kommt. Der Bereitschaft zur Unterordnung liegt das Bewußtsein zugrunde, daß die Willkür privater Interessen im öffentlichen Leben nicht das letzte Wort behalten darf, daß es Wertmaßstäbe gibt, denen das Leben des einzelnen und die Formen des Verkehrs in der Gesellschaft entsprechen sollen.

Viele Menschen lehnen mit mitleidigem oder verächtlichem Lächeln den Anspruch solcher Maßstäbe ab; es gibt aber kaum einen, der in seinem eigenen Urteil, in seinen unmittelbaren gefühlsmäßigen Äußerungen nicht selber — vielleicht unbewußt — solche Maßstäbe anwendet, sei es, daß er sich voll Empörung von einer Handlung abwendet, die er als niederträchtig und gemein empfindet, sei es, daß eine großmütige und tapfere Tat ihm Achtung abnötigt.

Es ist nicht schwer, auf solche Urteile zu stoßen. Kaum ein Gespräch unter Menschen ist frei davon. Aber so sehr sich die Menschen auch darin gleichen, daß sie solche Urteile fällen, so sehr weichen sie voneinander ab, sobald sie sich selber oder anderen klar machen wollen, was Recht und Unrecht, achtungswürdig oder gemein, schön oder häßlich ist. Die Umstände, unter denen ein Mensch aufgewachsen ist, hat Einfluß auf sein Urteil, die Schule, die er durchlaufen hat, die Klassenlage, in der er lebt, die Stärke seines Temperaments, die Art seiner Begabung und tausend kleine und zufällige Eindrücke, die auf ihn einströmen.

Wer sich diesen Einflüssen ausgesetzt sieht und etwas davon merkt, daß sein Urteil von äußeren Eindrücken und den eigenen Stimmungen hin- und hergerissen wird, der wird sich, bewußt oder unbewußt, nach einem Maßstab umsehen, an dem er sich halten kann in seinem Urteil; denn, so mißtrauisch ihn auch sein eigenes Schwanken gemacht haben mag, er wird doch nie aufhören, wertend Stellung zu nehmen zu dem, was er erlebt.

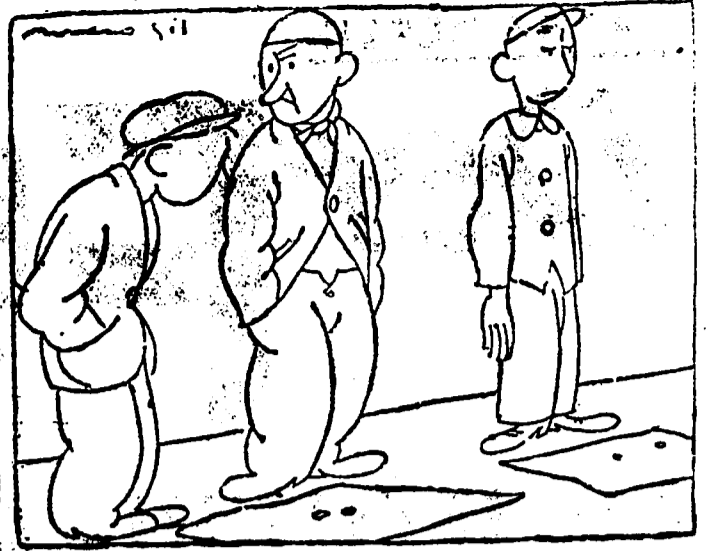
Und hier tritt die Kirche vor ihn hin und bietet ihm den festen Halt an, der ihm fehlt. Sie nennt ihm den Willen Gottes als die oberste Richtschnur aller Werturteile und bezeichnet ihm die irdischen Instanzen, bei denen er über diesen Willen Auskunft erhält, soweit er sie braucht.

Es ist verständlich, daß viele Menschen dieser Lockung nachgeben, die ihnen in ihrem Zaudern und Schwanken Ruhe

und Sicherheit verspricht. Aber die Ruhe, die sie auf diesem Weg gewinnen, ist in Wahrheit nur die Ruhe der Betäubung. Sie haben das eigene Urteil, das sich, wenn auch zaghaft und unsicher, regte und sich nicht zum Schweigen bringen ließ, gewaltsam überläßt durch eine fremde Stimme, die ihnen wohl eine blinde Ueberzeugung aufzwingen, sie aber nicht zu eigener Einsicht führen kann. Denn wie können sie den Willen Gottes und die Verbindlichkeit dieses Willens für ihr eigenes Leben erkennen, wenn sie an ihrer eigenen Urteilskraft verzweifeln, deren anscheinendes Versagen sie in die Arme der Kirche getrieben hat?

Nur der Entschluß, sich dieser Urteilskraft in ruhigem und besonnenem Nachdenken anzuvertrauen und dem eigenen Urteil auf den Grund zu gehen, mag es zunächst auch noch so unklar sein, kann zu einer ernsthaften und ehrlichen Verständigung des Menschen mit sich selber und mit seinen Mitmenschen führen. Die Vernunft im Menschen meldet sich zwar unverkennbar an in der Tatsache, daß er wertet; aber sie ist von Natur dunkel; sie bedarf der Aufklärung, um unverfälscht von äußeren Eindrücken ihrem Urteil Gehör zu verschaffen.

Von dieser Dunkelheit der menschlichen Vernunft lebt die Kirche. Im Schutz dieses Dunkels ist es ihr möglich, die Menschen von klein auf in Vormundschaft zu halten und so die mühsame Arbeit der Aufklärung, die ihr den Tod bedeuten würde, zu unterbinden. Daher kann sie es sich leisten, an den entscheidenden Angriffen, die gegen ihre Herrschaft erhoben worden ist, mit der Nichtachtung vorbeizugehen, wie es die offiziellen kirchlichen Stellen der spanischen Regierung gegenüber getan haben.



(So stehen in Spanien die Arbeitslosen auf den Straßen: sie legen vor sich Tücher auf den Boden, in die man Geld hineinwerfen soll.)

— Oye, ¿ese es nuevo? Lo conoces tu?

(„Hör mal, das ist ein Neuer; kennst du ihn?“)

— Puede que sea un jesuita.

(„Das ist vielleicht 'n Jesuit.“) („La Libertad“.)

Parlamentswahlen in Japan.

b Tokio, 22. Februar.

Am Sonntag fanden in ganz Japan die Parlamentswahlen statt. Es handelt sich um die dritte Wahl seit Einführung des Stimmrechtes für Männer im Jahre 1925. Bei den jetzigen Wahlen erscheint zum ersten Male ein Koreaner auf der Kandidatenliste. Die Ansichten gehen im allgemeinen dahin, daß die jetzige Regierungspartei, die Seijukai, die sich zur Zeit im Parlament um 100 Sitze in der Minderheit befindet, mit einer starken Mehrheit herauskommen wird. Die Seijukai, die etwa den europäischen Konservativen entsprechen, haben seit ihrer Amtsübernahme im vergangenen Dezember nichts versäumt, um einen günstigen Ausgang der Wahlen vorzubereiten. So wurden z. B. viele Posten von Provinzialgouverneuren und Polizeichefs mit Parteileuten besetzt. Der Kampf um die Seijukai-Wahlprogramme heißt: „Wohlfahrt“ (Prosperität). Sie beschuldigen die Minseito-Leute, die Wirtschaftskrise durch das lange Beibehalten des Goldstandards verschärft zu haben. Die Seijukai-Regierung beschloß sofort nach ihrer Amtsübernahme im Dezember das Abgehen vom Goldstandard. Als großen Vorteil haben sie zu buchen, daß während der Zeit des größten wirtschaftlichen Niederganges die Gegenpartei am Ruder war. Zu den Ereignissen in China haben beide Parteien die gleiche Haltung eingenommen: aber im ganzen hat der chinesische Konflikt keine große Rolle bei den Wahlen gespielt, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Parteien niemals einen ausschlaggebenden Einfluß auf die vollkommen unabhängigen Militärbehörden, die tatsächlich nur dem Kaiser unterstehen, gewonnen haben. Im übrigen muß man beachten, daß es sich hier nicht wie in Europa um zwei scharf getrennte Interessen- oder Weltanschauungsparteien handelt, sondern um zwei Parteiorganisationen traditionellen und persönlichen Charakters etwa nach amerikanischem Muster.

Wie amtlich mitgeteilt wird, stehen bisher folgende Wahlergebnisse fest:

Seijukai (Regierungspartei)	168 Sitze
Minseito (Opposition)	96 Sitze
Uebrige Parteien	10 Sitze

Tardieu zu den deutschen Abrüstungsvorschlägen.

i Genf, 22. Februar.

Der aus den Führern sämtlicher Abordnungen zusammengesetzte politische Ausschuß der Abrüstungskonferenz, der

den Namen „Konferenz-Ausschuß“ trägt, ist zum Mittwochnachmittag einberufen worden. Der französische Ministerpräsident TARDIEU trifft am Mittwoch früh in Genf ein. Er wird jedoch nur bis zum Abend hier bleiben. In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß in dem Konferenz-Ausschuß eine grundsätzliche Aussprache über die weitere Verhandlungsgrundlage der Konferenz beginnen wird. TARDIEU wird, wie aus französischen Kreisen verlautet, zu der Frage Stellung nehmen, ob der Abkommensentwurf des Völkerbundes als die Hauptgrundlage der weiteren Arbeiten der Konferenz, besonders der einzelnen Ausschüsse, anzusehen ist. Er soll die Absicht haben, in dieser Erklärung auch auf die Abrüstungsvorschläge der deutschen Regierung einzugehen.

Vor der französischen Regierungserklärung.

k Paris, 23. Februar.

Die neue französische Regierung stellt sich am heutigen nachmittag den beiden Häusern vor. Während der Ministerpräsident nach alter Sitte die Regierungserklärung in der Kammer selber verliest, erfüllt der stellvertretende Ministerpräsident, das heißt der Justizminister, die gleiche Aufgabe im Senat. Die Minister sind am Montag abend zu einem Kabinettsrat zusammengetreten und haben bei dieser Gelegenheit den Wortlaut der Regierungserklärung durchgesprochen, die sich vornehmlich auf die Außenpolitik und die Haltung der Regierung in Genf beziehen wird. Heute vormittag flüchtet im Elysee ein Ministerrat statt, bei dem diese Erklärung fertiggestellt wird, die in ihrem Geiste etwa derjenigen entspricht, die das vorige Ministerium LAVAL vor kurzem der Kammer und dem Senat vorlegte.

Die Zahl der eingegangenen Interpellationen hat sich inzwischen auf zehn erhöht, so daß mit einer ziemlich ausgedehnten Sitzung zu rechnen ist. Ministerpräsident TARDIEU, der auf alle Fälle am Mittwoch in Genf sein will, wird sich wahrscheinlich gezwungen sehen, einen Sonderzug zu benutzen.

Argentinien und der Völkerbund.

n London, 22. Februar.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, erklärte der neue argentinische Präsident General JUSTO, daß Argentinien seiner Ansicht nach noch Völkerbundsmitglied sei. Er hoffe auch, daß es auf der nächsten Vollversammlung vertreten sein werde.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin.

(45. Fortsetzung.)

Brandt schlägt erbittert mit der Faust auf den Tisch. Bluff oder Aufmarsch! Oder Furcht vor französischem Angriff? Antwort auf die heimliche Einberufung der französischen Flieger? Kommt die mörderische Maschine schon in rasenden Gang!

Während Brandt Befehl gibt, daß sein Auto vorfährt, geht die blonde Germaine die Treppe des Außenministeriums in tiefer Erregung hinab. Léon Brandt hebt Germaine de Bassancourt! Fällt die graue Gegenwart nicht plötzlich von ihr ab wie ein böser Traum? Muß im nächsten Augenblick nicht das Glück, das ihr Herz erfüllt, überspringen in die wogende Menschenflut, die drohend über die Seibrücken herüberwältigt...?

XVI.

Zehn Minuten später gleitet der Kraftwagen des Außenministers über den Pont Alexandre. Der Präsident, alarmiert durch die Depesche Rimbots, hat die Minister ins Palais de l'Elysée gerufen.

Laroque hat Brandt rasch noch zwei Mittagsblätter ins Auto gereicht, feucht noch vom Druck. Mit fetten Buchstaben schreibt ihm die Ueberschrift eines Leitartikels an: „Quousque tandem!“ — Das nationalistische Boulevardblatt schüttet seine Verachtung kübelweise über Brandt aus. „... Wie lange noch wird Frankreich diesen Halbfranzosen dulden, der die Lebensinteressen seines Wahlvaterlandes in den Dreck tritt! Wir fordern einen Außenminister, der vor der letzten hartnötigen Notwendigkeit nicht den Kopf in den Sand steckt. Begreift Herr Brandt endlich, daß Ministerzimmer keine Brutstätten für fluchwürdige Utopien sein dürfen? Unsere Geduld wird auf schwere Probe gestellt! Wann wird der Schädling endlich

die Bühne seiner ruhmlosen Untaten verlassen? Quousque tandem! Wir warten nicht mehr lange!“

Brandt läßt das Blatt auf seine Knie sinken. Schließt die Augen. Ekel proßt ihm die Kehle zu. Weil er sein Vaterland vor dem Sprung ins schwarze Nichts retten will, muß er solchen Schimpf schlucken? Halbfranzose! — der willig seinen Kopf auf den Fallblock legen würde, könnte durch dieses Opfer die Todesfahrt eines Volkes gehemmt werden! Lohnt es überhaupt noch? Muß er seinen Menschen zum Einsatz herschenken — für nichts? — Das Auto surrt über die Avenue der Champs Elysées. Die Scheiben sind heruntergelassen, nur die gelben Seidenvorhänge sind geschlossen. Dumpfes Branden von Menschenstimmen dröhnt an Brandts Ohren, dazwischen befehlende Rufe ordnender Polizisten.

Ein schwarzer Schatten streicht plötzlich über die geschlossenen Augenlider des Ministers, im gleichen Augenblick gleißendes Sonnenlicht! Wer reißt die Vorhänge auseinander...!

Ehe Brandt die Umriese des Gesichts erkennt, das zwischen den Vorhängen vorstößt, kraucht der Schuß!

In derselben Sekunde krallt sich Brandts Rechte in eine Mannesgurgel.

Da fährt schon der zweite Schuß aus der Revolvermündung, dicht vorbei am Hals des Ministers.

Brandts linke Faust knallt dem Attentäter zwischen die Augen.

Der Wagen, vom Chauffeur jäh gebremst, bäumt sich auf.

Der Mörder, festgekrampft am Wagenschlag und von Brandts Händen gewürgt, gibt sein Opfer nicht frei: die dritte Kugel dröhnt aus dem Lauf, zerreißt den Asphalt der Straße.

Der Chauffeur hat den Attentäter von draußen an den Haaren gepackt. Brandts Oberkörper hängt weit aus dem Fenster heraus, seine Finger krallen sich immer noch in die Kehle des jugendlichen Mordgesellen.

Tumult umschäumt das Auto. Polizisten stürzen herzu. Die Menge bildet ein wüstes Knäuel. Man erkennt den Minister. Da springt die Lawine an: Brandt sollte ermordet werden! Die zehn Polizisten, die den Attentäter auf die

Straße geschmettert haben und mit Gummiknüppel bearbeiten, sind nichts gegen die Woge, die anstürmt. Hundert Menschenleiber verschlingen sich. Jede Faust will dabei sein, dem Mordbuben das Leben aus dem Körper zu jagen. Und wenn es nur ein Fußtritt ist, den man dem Gelychten noch in das zu Brei zerhackte Gesicht versetzt!

Unverletzt steht, zwischen Menschen gepreßt, Brandt auf dem Trittbrett. „Hoch Brandt! Frieden!“ schäumt es wie eine Springflut um ihn.

Der Chauffeur sitzt schon wieder an seinem Platz. Zwei Dutzend Polizisten schleben den Minister ins Wageninnere. Der Motor faucht an. Mit einem Ruck springt das Auto los. Links und rechts auf den Trittbrettern stehen die Polizisten mit schußbereiten Revolvern. Tausendfältiges Gebrüll erschüttert die dumpfglühenden Anlagen der Champs Elysées.

Mit marmorweißem Gesicht sitzt Frankreichs Außenminister auf den federnden Polstern des Autos, das in sinnloser Fahrt rast. Gnade oder Verdammung — so arbeitet es in seinem Gehirn — daß die drei Kugeln ihn suchten und verfehlten? Wen wollte das Schicksal zermalmen? Einen irrenden Minister oder den andern, den die Absätze einer leidenschaftlichen Volksmenge in den Asphalt stampften...?

Der Polizeipräsident, bis in die Knochen erschrocken, telephoniert schon nach drei Minuten den Mordanschlag ins Palais de l'Elysée. Die Meldung wirkte wie ein Alarmschuß. Ein Chauvinist hat auf den Verteidiger des Friedens geschossen! Das konnte den kochenden Topf zum Ueberlaufen bringen! Den Minister schlug eine Erinnerung durch den Kopf: Jaurès! Vor zwanzig Jahren, an einem Julitag, hatte überhitzte Leidenschaft die Stimme des Volkes gemeuchelt! Würden heute die Massen so stumm bleiben wie damals?

Während oben im großen Sitzungssaal des Palais de l'Elysée die Ministerherzen nach Fassung suchten, sprach unten im Zimmer der Palaiswache Brandt telephonisch mit Broucq. Sorge tragen — so lautete seine Weisung — daß die Massen nicht von der Empörung weggespült werden! Keine Demonstrationen! Keine Aufmärsche!

(Fortsetzung folgt.)

Schulnot in Ostpreußen.

Bl. Der „Allgemeinen, Deutschen Lehrerzeitung“ Nr. 7, vom 15. Februar, entnehmen wir die folgenden Ausführungen.

94 Schüler bei nur einem Lehrer zählt die Gemeinde Raudonischken, Kreis Gerdauen.

91 Schüler bei nur einem Lehrer und in einer Klasse zählt die Schule Kinkeim, Kreis Bartenstein.

Ueber 90 Kinder weist die Grundschule der zweiklassigen Schule Permauern, Kreis Labiau, auf.

Für die Schulfeindlichkeit ostpreußischer Schulverbandsvorsteher ein Beispiel. „Die kleine Gemeinde Paßniffen, Kreis Tilsit-Ragnit“, so schreibt die „Königsberger Volkszeitung“ in Nr. 22/1932, „besaß eine kleine alte Schule, die so ungesund war, daß sie schon längst hätte polizeilich geschlossen werden müssen... Das Gebäude war so naß, daß dem Lehror die Möbel auseinanderfielen. Die Kinder saßen acht Jahre lang in diesem schlechten Gebäude, und sicher hat sich mancher Junge oder manches Mädchen etwas fürs Leben geholt. Die Besitzer sträubten sich immer wieder gegen den Neubau, weil nur Arbeiterkinder die Schule besuchten. Endlich griff die Regierung durch und baute, so ziemlich auf eigene Kosten, eine neue Schule.

Dicht an dem Dorf geht die elektrische Hochleitung vorüber, und man wollte die Schule gleich anschließen. Aber da stieß man auf energischen Widerstand der Besitzer, die das mit der Begründung ablehnten: „Wenn wir kein elektrisches Licht haben, braucht die Schule erst recht keine!“ Die Regierung bot den Bauern an, die Kosten ganz allein zu tragen und machte sie auf den Vorteil aufmerksam, den sie bei einem etwaigen Anschluß selbst hätten. Trotzdem ließen die Herrschaften es auf die Enteignung des Landes für die Masten ankommen. Die Enteignung ist geschehen, der Monteur kommt, um die Arbeit vorzunehmen, da versuchen die Besitzer mit Gewalt, die Arbeit zu verhindern. Wahrscheinlich wird jetzt unter polizeilichem Schutz gearbeitet werden müssen.“

Wie wenig Achtung vor der Schule und Schätzung der Bildung müssen diese Leute ihrerseits auf der Schule gelernt haben, daß sie so wenig für ein neues Schulhaus übrig haben. Ihr Verhalten ist in der Tat nur dem Schuldkonto der Schule zuzuschreiben.

Die Zahl der stellenlosen Junglehrer.

h Berlin, 20. Februar. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, gibt die auf Grund einer Landtagsdrucksache mitgeteilte Zahl 22 500 die Gesamtzahl der noch nicht festangestellten Schulamtsbewerber an. Von diesen 22 500 sind jedoch annähernd 10 000 voll beschäftigt, wenn sie auch nicht Inhaber von Planstellen sind, und rund 7 200 mit Fortbildungszuschüssen in Volksschulen tätig. Von den restlichen 5 300 Schulamtsbewerbern sind rund 4 350 beurlaubt oder in Fremdbetrieben beschäftigt.

Bierstreik ausgedehnt.

h Berlin, 22. Februar. Die Vertreter des Gastwirtsverbandes haben am Montagmorgen nochmals mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung verhandelt. Diese Verhandlungen haben zu keiner Einigung geführt, so daß am Dienstag nochmals Besprechungen zwischen Vertretern des Deutschen Gastwirtsverbandes und der Reichsregierung stattfinden.

Verlaufen auch diese Verhandlungen ergebnislos, so wird der Bierstreik am Donnerstag nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche beginnen.

Krieg.

„Pölnische Truppen haben heute nacht die ostpreussische Grenze überschritten!“ — Wo? Wann? Einstweilen in der Phantasio eines HANS NITRAM, der unter diesem Titel einen Roman herausgibt.

„Kann diese Zukunftsschilderung, die sich wie eine hochaktuelle Reportage liest, nicht schon morgen entsetzliche Wahrheit für Ostpreußen sein?“ — bemerkt der Verlag (GERHARD STALLING in Oldenburg), der das deutsche Volk mit den Kriegsbüchern WERNER BEUMELBURGS beschenkt hat und die gute Konjunktur weiterhin ausnutzt, zu dieser Neuerscheinung.

„Für Deutschland wird es keinen natürlicheren Feind geben als ein wiederhergestelltes Polen“, zitieren die „Kommanden“ (Ueberbündische Wochenschrift der deutschen Jugend) aus den Schriften des vor etwa 100 Jahren verstorbenen Generals VON CLAUSEWITZ.

Zufällig fiel mir diese Zeitschrift heute in die Hände, zufällig fiel mein Blick auf diesen Buchtitel. Aber habe ich nicht gestern, vorgestern Ähnliches gesehen? Ein Blick in die Zeitung, in das Fenster einer Buchhandlung: Krieg! Krieg! Als Warnung, als Protest? Oder als Hoffnung, als Ruf nach Rache?

Ich ging heute abend ins Kino. „Niemandland“ wurde gespielt, ein Film von LEONHARD FRANK. Ein Film für alle deutschen Mütter, für alle Mütter der Welt. Eine letzte Mahnung an eine Jugend, die blind ins Verderben rennt, in einen Tod, der nur den Dividenden der Kriegsindustrie nützt. Es wird gezeigt, wie es zum Weltkrieg kam, wie die Völker verhetzt wurden, erzogen zum Mord, wie die Männer begeistert waren und die Frauen stolz auf ihre „Helden“. Die Front wird gezeigt, eine Schlacht, ein zerschossener Unterstand, in dem sich ein paar Soldaten treffen, zwischen den Linien, in „Niemandland“. Ein Franzose, ein Engländer, ein Neger, ein Deutscher und einer, der nicht mehr sagen kann, woher er ist, stumm, taub, der Rost von einem Menschen. Die fünf „Feinde“ harren aus mit einander, bis die Schießerei vorbei ist. Sie helfen einander ihre Wunden verbinden, der eine gibt dem anderen einen Schluck Wein, eine Zigarette — man erzählt von zu Hause und zeigt Bilder herum — und wundert sich, daß dem anderen genau so zumute ist wie einem selber. Geschosse schlagen ein, gemeinsam verbarrikadieren sie ihren Unterstand. Gas — gemeinsam sehen sie dem Tod entgegen; ein paar Gasmasken, die sie finden, retten ihnen das Leben.

Verbrechen und Strafe in Amerika.

Die Hinrichtung von SACCO und VANZETTI im Jahre 1927 ist dasjenige Ereignis, das bis jetzt an meiste die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die besonders große Brutalität der amerikanischen Justiz gelenkt hat. Dieser Fall ist aber keineswegs eine Sonder-Angelegenheit. Die Grausamkeit und Skrupellosigkeit der amerikanischen „Rechtspflege“ überschreitet vielmehr alles, was man in Europa etwa annehmen würde. UPTON SINCLAIR hat die Methoden der amerikanischen Polizei und Gefängnisleiter besonders eindringlich in einem seiner Dramen („Singing Jailbirds“) beschrieben. Dem amerikanischen Publikum sind diese Angelegenheiten teilweise aus einigen Zeitungen und Zeitschriften bekannt. Aber in Deutschland weiß man noch recht wenig über diese Dinge.

In einer Versammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte sprach Montag abend EMMA GOLDMANN über „Verbrechen und Strafe in Amerika“, — ein Thema, das in der Tat das Interesse der Arbeiter aller Länder verdient. Die Versammlung hatte nicht nur den Zweck, zu unterrichten, sondern auch insbesondere zur Anteilnahme an dem Schicksal von MOONEY und BILLINGS aufzufordern (wozu allerdings mehr erforderlich wäre als die bloße „Anteilnahme“).

MOONEY und BILLINGS sind zwei Mitglieder der syndikalistischen Gewerkschaft „International Workers of the World (IWW)“. Sie wurden vor 16 Jahren verhaftet und beschuldigt, die Urheber eines Bombenwurfs während einer patriotischen Kriegsdemonstration in San Francisco gewesen zu sein. Die Beschuldigung ist erlogen; aber sie wurde erhoben und die Angeklagten wurden verurteilt, weil sie Mitglieder einer radikalen Gewerkschaft waren. Dieser Fall ist neuerdings in ein aktiveres Stadium getreten. Unser amerikanischer Mitarbeiter hat uns einen besonderen Bericht hierüber angekündigt, so daß wir an dieser Stelle die Aufmerksamkeit auf die anderen von EMMA GOLDMANN berührten Dinge lenken wollen.

Die Fälle von SACCO und VANZETTI sowie von MOONEY und BILLINGS sind nur die bekanntesten ihrer Art. Wie die Rednerin berichtete, schmachten zum Beispiel im Gefängnis

von Centralia, im Staate Washington, immer noch 40 Menschen, die sich während des Krieges gegen einen regelrechten Ueberfall von „Patrioten“ wehrten und deswegen angeklagt und verurteilt wurden. Nur einer dieser zu Unrecht Verurteilten konnte inzwischen befreit werden.

Zu diesen ungerechten Verurteilungen kommt noch die barbarische Behandlung in den Gefängnissen hinzu. Im ganzen Land haben diese Verhältnisse zu Meutereien der Gefangenen geführt. Die Gefängnisse sind größtenteils veraltet und überfüllt. Die Ernährung ist verschiedentlich schlecht und mangelhaft. Bei kleinen Vergehen schreiten die Gefängnisleiter brutal ein. In einem Gefängnis im Staate Ohio war es den Wärtern verboten, die Zellen zu öffnen, außer in Gegenwart eines großen Gefängnispersonals. Infolgedessen verbrannten bei einem Feuer 300 Gefangene, weil ihre Zellen nicht rechtzeitig geöffnet wurden.

Während der polizeilichen Vernehmung ist es in den Vereinigten Staaten geradezu üblich, die Verhafteten dem „dritten Grad“ auszusetzen, um Geständnisse abzapressen. Man sperrt sie in heiße Zellen und gibt ihnen nichts zu trinken. Man legt ihnen heiße Eisen an die Fußsohlen und hindert sie nachts am Schlafen, indem man sie mit Scheinwerfern beleuchtet. Die mit solchen Mitteln abgepreßten Geständnisse werden dann von Staatsanwalt und Richter als Prozeßmaterial anerkannt.

Es versteht sich, daß diese Methoden nur gegenüber den Armen und Aermsten angewandt werden. Das neueste Beispiel, die Behandlung der streikenden Bergarbeiter in Kentucky, über das die Rednerin ebenfalls sprach, haben wir schon im „Funken“ vom 10. Februar ausführlich beschrieben, so daß ich diesen Fall hier nur nochmals erwähne.

Zum Schluß sei noch ein Urteil der Rednerin betont, daß im Falle von SACCO und VANZETTI die Handlungsweise der Richter und anderen Behörden zwar schlimm genug gewesen sei; aber noch mehr sei das Verhalten der Arbeiterführer zu verurteilen, die es in der Hand gehabt hätten, durch Anberaumung eines Generalstreiks in Massachusetts SACCO und VANZETTI sicher vor der Hinrichtung zu bewahren.

Senkung der Belegschaftsziffern in der Berliner Metallindustrie.

F. G. Nach den Angaben des „Verbandes Berliner Metallindustrieller“ haben sich die Belegschaftsziffern (Arbeiter und Angestellte) vom 1. Juli 1929 bis zum 1. Oktober 1931 wie folgt geändert:

Am 1. Juli 1929 waren in 290 Betrieben 183 633 Arbeiter und 61 481 Angestellte beschäftigt.

Am 1. Oktober 1931 waren in 265 Betrieben 115 150 Arbeiter und 47 978 Angestellte beschäftigt.

Das ist eine Verminderung von 37,2 Prozent bei den Arbeitern und 22 Prozent bei den Angestellten.

Der Schrumpungsprozeß ist aber noch größer, wenn wir die Kurzarbeit berücksichtigen. Für den Siemens-Konzern rechnet man zur Zeit für einen Metallarbeiter mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden. Ueberträgt man diesen Durchschnitt auf die gesamte Berliner Metallindustrie — was nach der „Metallarbeiter-Zeitung“ eher zu günstig als zu ungünstig ist —, so ergibt sich eine tatsächliche Schrumpfung um 58,2 Prozent bis zum 1. Oktober 1931.

In letzter Zeit hat die Schrumpfung bedeutend zugenommen.

Im zweiten Halbjahr 1931 ist die Zahl der entlassenen Angestellten ebenso hoch wie die der Arbeiter. In der Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober 1931 ist sie sogar um ein Prozent höher.

Die kommunistisch organisierten Berliner Wirte (einige Hundert) haben heute mittag mit dem Bierstreik begonnen. Die national-sozialistischen Wirte (etwa 100) halten heute eine Versammlung ab; sie werden voraussichtlich den sofortigen Bierstreik beschließen.

„Streikschutz“ — Geld genug da!

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlicht eine Mitteilung, wonach die Streikentschädigungsgesellschaft der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Streikschutz, Berlin, den Beitrag für das Jahr 1932 nur in halber Höhe erheben werde. So heißt es unter anderem:

„Nur in dem Falle, daß im kommenden Jahre starke Streikwellen auftreten, wird die zweite Beitragshälfte je nach dem Bedürfnis teilweise oder ganz nähergehoben werden.“ Die Gesellschaft hat infolge starken Mitgliederzuwachses und sparsamer Wirtschaft erhebliche Reserven ansammeln können und sieht davon ab, in der Zeit wirtschaftlicher Depression die Rücklagen weiter zu verstärken, was an sich für die von ihr verfolgten Ziele zweckmäßig wäre.“

Die Kampforganisation der Unternehmer hat also so viel Geld aufgespeichert, daß sie für das kommende Jahr die Beiträge herabsetzen kann. Dieser Umstand aber enthält für alle Arbeiter die Mahnung, sich fester zusammenzuschließen und ihrer Organisation ebenfalls genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie in kommenden Kämpfen gerüstet ist.

Dieses sinnlose Sterbensollen führt sie zusammen. Sie wissen nicht, ob es englisches, französisches, deutsches Gas ist, das ihnen den Tod bringen will — sie wissen von nun an, daß es nur einen Feind gibt, den Krieg, daß sie alle in eine Front gehören — gegen den Krieg.

Entsetzlich dieses Bild der fünf Gasmasken, das ein Scheinwerfer beleuchtet. „Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde“ — die Feldgeistlichen dürfen sich nicht wundern, wenn manch einer mit diesem „Gott“ Schluß gemacht hat. Arme Tiere, gepölnigte Kreaturen sehen uns an — sind das noch Menschen? Dann kam 1918, alles sollte ganz anders werden: „Nie wieder Krieg!“ — „Die Sozialisierung marschiert!“ Und heute?

Von dem Schrecken dieser Jahre blieb das „Fronterlebnis“ — in allen Tönen besungen von KARL BRÖGER bis ERNST JÜNGER. Im Jahre 1925 konnte ein Generalfeldmarschall Präsident der Republik werden, die einst der Anfang von Freiheit, die Verwirklichung des Sozialismus hatte werden sollen.

Eben lese ich die Ankündigung eines neuen Buches, das „wegen des aktuellen Thomas besonderes Interesse finden wird“: „Leitfaden der Pathologie und Therapie der Kampfgaserkrankungen“, von Dr. med. OTTO MUNTSCH, Stabsarzt im Reichsheere, kommandiert zum Reichsgesundheitsamt. „Gesundheitsamt“ ist gut — warum müssen denn erst Menschen an Kampfgas erkranken?

„Alle Gebildeten haben ein vitales (lebenswichtiges) Interesse an diesem Thema“, so erklärt der Verleger.

Das mag auf diese „Gebildeten“ zutreffen; die deutsche Arbeiterschaft hingegen hat ein vitales Interesse an einem Reichspräsidenten, von dem sie weiß, daß er z. B. niemals eine Kriegserklärung unterschreiben wird. Weiß die SP das von Herrn VON HINDENBURG? Nein! Warum unterstützt sie nicht Bestrebungen für einen Kandidaten, der jedenfalls keinen Krieg erklärt?

Albert Steen.

Krieg und Völkerrecht.

Der Krieg ist die Freiheit gewisser Barbaren; darum ist es kein Wunder, daß sie ihn lieben.

HEBBEL.

Es werden Kriege geführt über Ursachen, die im gemeinen Leben den Galgen verdienen.

LICHTENBERG.

Das ist erst die wahre Kultur, wenn ein Volk die Leiden der anderen so empfindet wie seine eigenen.

GOETHE.

Wir haben ausgefunden, daß diese Erde groß genug ist, daß sie jedem hinlänglich Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen, daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will. . . .

HEINRICH HEINE.

Wer dient seinem Vaterlande besser: derjenige, der den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, oder derjenige, der die auf-fälligsten Gebrechen mit patriotischen Lügen verdeckt?

ANSELM FEUERBACH.

Die Gesetze sind heute Spinnweben, in denen die kleinen Fliegen hängen bleiben, die großen aber robust durchkommen.

BALZAC.

Nur an das Mitleid appellieren, heißt das Problem verschieben, nicht lösen, denn das Mitleid selbst ist ja nur ein Blinder, der nach des Weges Richtung fragt.

JEAN JAURES.

Wie verkehrt muß doch eine Weltordnung sein, die es den von der Arbeit der Armen lebenden Reichen gestattet, sich einzubilden, daß sie die Wohltäter der Armen sind.

LEO TOLSTOI.

Die Massen in Bewegung zu setzen, braucht's nur die Phrase eines Dummkopfs. Wie lange Zeit braucht der kluge Mann, um nur einen einzigen zu seiner Meinung zu bekehren.

WILHELM RAABE.

Der Missionar und der Indianer.

Ein Missionar sprach mit einem Indianer über die Allmacht und Güte Gottes, dann aber auch über den Kampf des Guten und Bösen in uns, wie gut es Gott mit uns meine, wie sehr man sich aber dabei vor den Versuchungen des Teufels hüten müsse; der Indianer erwiderte: Warum schlägt denn Gott den Teufel nicht tot? und der Missionar blieb darauf die Antwort schuldig. Was ließe sich auch darauf antworten, wenn wir nicht etwa den Teufel, wie in den Fastnachtsspielen der Klosterschulen, als einen Hofnarren am göttlichen Hofe beibehalten wollen.

JAKOB FRIEDRICH FRIES, 1805.

Kein Tarifvertrag im Berliner Holzgewerbe.

Zum Wert der Verbindlichkeitserklärung.

F. G. Nachdem im Januar die Verhandlungen über einen Lohnvertrag im Berliner Holzgewerbe gescheitert sind, hat schon Ende Januar der vom Arbeitsministerium eingesetzte Sonder-schlichter Dr. Kimmick den Tarifpartei mitgeteilt, daß auch die Weiterführung der Kammervorhandlungen über den Abschluß eines Manteltarifs gegenstandslos geworden sei. Für die Weiterführung dieser Verhandlungen war ursprünglich der 8. Februar als Termin angesetzt worden.

Das Scheitern der Verhandlungen ist nur auf den Widerstand der Unternehmer gegen den Abschluß eines Tarifs zurückzuführen. Sie bevorzugen den tariflosen Zustand. Das geht daraus hervor, daß sie auch dann nicht zum Abschluß eines Tarifs bereit waren, als die Holzarbeiter den sehr weitgehenden Lohnabbauforderungen sehr weitgehend entgegenkamen. Hierzu folgende Zahlen: Der zwar nicht mehr tarifvertraglich vereinbarte, bisher aber noch nicht veränderte frühere Tarifstundenlohn beträgt für Facharbeiter der Berliner Holzindustrie 1,31 Mark. Die Unternehmer fordern Abbau auf 1,03 Mark. Die Holzarbeiter waren bereit, mit 1,09 Mark Einstellungslohn einen Tarif abzuschließen! Die Unternehmer haben abgelehnt.

So wird in Berlin wie auch in anderen Bezirken Deutschlands in der Holzindustrie der Guerillakrieg weitergehen.

Auf einen offenen Kampf will der Holzarbeitervorband in Berlin ohne größten Zwang anscheinend nicht ankommen lassen, um die noch annehmbaren Verhältnisse in einigen Betrieben nicht zu verschlechtern. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Mitgliedschaft des Holzarbeitervorbandes in Berlin zu 60 Prozent arbeitslos ist. Das Angebot von 1,09 Mark Stundenlohn will der Holzarbeitervorband aber auf keinen Fall unterbieten lassen, und zur Verteidigung dieser Mindestforderung sollen keine Opfer gescheut werden. Alle Differenzen hierüber sollen sofort der Ortsverwaltung ge-

meldet werden, die nach den weiteren Beschlüssen der Vertrauensleute die erforderlichen Anweisungen gibt.

Das vorsichtige Vorgehen des Berliner Holzarbeitervorbandes stützt sich auf verschiedene Erfahrungen der jüngsten Zeit, Erfahrungen wie die folgende: Bei der Firma „Holz-kunstwerkstätten“ traten im Herbst vorigen Jahres 102 Beschäftigte, darunter 35 Verbandsmitglieder, in einen Abwehrstreik gegen Lohnabzug. Die RGO hatte diesen Streik inszeniert, ohne zuvor die Verhandlungsmöglichkeiten genügend auszunutzen. In der vierten Streikwoche war der Betrieb mit 95 Streikbrechern voll besetzt, und nach 45 Tagen wurde der Streik erfolglos abgebrochen. Ergebnis: der Betrieb, in dem dann im November vorigen Jahres etwa 150 Beschäftigte arbeiteten, war nach dem Streik fast restlos mit Unorganisierten besetzt.

Diese Vorgänge in der Berliner Holzindustrie sind aufschlußreich für die Frage, ob die Verbindlichkeitserklärung ein wirksames Mittel ist, um die Unternehmer im Interesse der Arbeiter zu einem Tarif zu zwingen. Weshalb versagt hier der Schlichter und die Verbindlichkeitserklärung? Darüber schreibt die Holzarbeiter-Zeitung:

„Wahrscheinlich ist es, daß eine höhere Macht den Sonder-schlichter veranlaßt hat, den Wünschen der Berliner Unternehmer zu entsprechen, die zur Zeit keinen Tarifvertrag wollen.“

Wer ist diese höhere Macht? Die Berliner Ortsverwaltung nennt sie beim Namen: „Wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß hier Dr. Kimmick auf Weisung des Reichsarbeitsministeriums handelte. Der Ausgang dieser Bewegung zeigt ungefähr, wie der Zwang aussieht, den STEGERWALD gegen tarifeindliche Unternehmer anwenden will.“

Das zeigt sich hier in der Tat — nicht ungefähr, sondern deutlich.

Kostgeldsätze herabgesetzt.

Für Lehrlinge natürlich.

F. G. Die Handwerkskammer Berlin nimmt die IV. Nov.-verordnung des generellen Lohnabbaus zum Anlaß, auch die Kostgeldsätze der Lehrlinge herabzusetzen. Die für die Bezahlung der Lehrlinge von ihr aufgestellten Richtsätze wurden gegen den Widerspruch der Altgesellen von 5, 7, 9, 12 M auf 4, 6, 8, 10 M wöchentlich herabgesetzt.

Der zuständige Oberpräsident hat allerdings einer Beschwerde der Jugendabteilung des Ortsausschusses des ADGB stattgegeben und diesen Beschluß beanstandet, weil er nicht von der Vollversammlung der Handwerkskammer gefaßt worden ist.

Der Vorstand der Berliner Tischlerinnung beilte sich nun, die Kostgeldsätze bereits mit Wirkung vom 15. Februar ab in folgender Weise herabzusetzen:

Im ersten Lehrjahr statt 4 M 3 M, im zweiten statt 6 M 5 M, im dritten statt 9 M 7 M, und im letzten Lehrjahr statt 11 nur noch 10 M. Das bedeutet für alle Lehrlinge, soweit sie bei Innungsmeistern beschäftigt sind, einen Verlust von 10 Prozent im ersten und zweiten Lehrjahr 1 M, im dritten 2 M und im vierten Lehrjahr 4 M. Dieser Beschluß wurde gegen den

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zuzüglich 88 Pf. Bestellgeld.

Widerstand des Gpsellenausschusses und zweier Meister gefaßt.

Ob die von der Innung gefaßten Beschlüsse den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, wird noch nachgeprüft werden.

Der Holzarbeiter-Vorband fordert auf, im Falle eintretender Differenzen sich an sein Büro zu wenden: Berlin SO 16, Rungestraße 30.

Berliner Buchdruckerkonflikt.

Am Sonnabend und Sonntag haben die Belegschaften der Berliner Buchdruckereien, die ihren Arbeitern einen Abbau der übertariflichen Zulagen aufzwingen wollen, zu dem herausfordernden Vorgehen der Unternehmer nochmals Stellung genommen. In den Versammlungen ergab sich für die Gesamtlage in den Berliner Buchdruckereien folgendes Bild:

Bei der Firma BÜXENSTEIN, die vor kurzem den Abbau der übertariflichen Verdienste angekündigt hatte, besteht kein Konflikt, weil die Firma am Freitag keine Kündigungen ausgesprochen hat. Auch bei der Firma GREVE, in der die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gedruckt wird, hat sich die Lage nicht zugespitzt. Die Firma hat zwar eine Kürzung der übertariflichen Zulagen bis zu 7 Mark pro Woche, das sind 18,5 Prozent, verlangt; obwohl dieses Ansinnen von der Belegschaft einmütig abgelehnt wurde, hat die Firma bis jetzt von Kündigungen Abstand genommen. Die Firmen ELSNER und LANGENSCHIEDT haben beim Berliner Schiedsamt der Buchdrucker eine Klage eingereicht! Sie beantragen die Feststellung, daß die Kündigungen der Arbeiter tarifwidrig sind, weil in dem Tarifvertrag für das Buchdruckgewerbe Massenkündigungen untersagt sind. In diesen beiden Betrieben

wurde ein Abbau der übertariflichen Verdienste um 50 Prozent gefordert. Das Schiedsamt der Buchdrucker hat die Klagen der Firma OTTO ELSNER und LANGENSCHIEDT abgelehnt. Die Belegschaft der „Deutschen Tageszeitung“ hat am Sonntag nochmals zu der Abbauforderung ihrer Betriebsleitung Stellung genommen. Die Firma, die zuerst einen Abbau der übertariflichen Verdienste um 50 Prozent forderte, hat ihre Forderung bereits auf 20 Prozent reduziert. Die Belegschaft hat auch dieses Ansinnen einmütig zurückgewiesen. Kündigungen sind nicht ausgesprochen worden. Bei der Firma LANGENSCHIEDT, die ebenfalls einen 50 prozentigen Abbau der übertariflichen Verdienste verlangt, steht die Gesamtbelegschaft seit Freitag im Kündigungsverhältnis. Die Situation im Berliner Buchdruckgewerbe ist äußerst gespannt. Die graphischen Arbeiter sind fest entschlossen, jedem weiteren Lohnabbau entschlossen Widerstand zu leisten. Am Freitag läuft die Kündigungsfrist ab. Die Unternehmer haben also nur noch wenige Tage zur Umkehr.

Gewerkschaftskollegen! Genossen!

Am Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in Magdeburg, bei Bleck (früher Lütchefeld), Knochenbau-er 27/28.

H. Rauschenplat, Berlin, Wirtschaftsredaktor des „Funken“, spricht über

„Die Wirtschaftskrise und ihre Bekämpfung.“

Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Erwerblose 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Ortsverein Magdeburg.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 24. Februar.

Berlin:
20.00 Orchester-Konzert aus der Philharmonie.
Königs wusterhausen:
19.00 MÜLLER-JABUSCH: Weltpolitische Stunde.
Langenberg:
20.30 Sinfonie-Konzert.
Wien:
18.40 Jos. BELINA: Sozialpolitische Gesetzgebung in der Tschechoslowakei.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
.....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Hepp, Berlin Verlag International Verlag-Anstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!



7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über
Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbewegung.

Einbruch ins Naast-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes. Preis monatlich 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt o.m., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Körnerstraße 40
Veranlassen Sie Angebote!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 5 42

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf Tagesatz 1,20 M. Kinder unter 10 Jahren 1.— M
Etty Gräffe

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie, man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln.
Broschiert 3.— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Arbeitsplan des Reichstags.

h Berlin, 22. Februar.

In der Dienstagsitzung des Reichstages, die um 15 Uhr beginnt, wird sich an die Ausführungen des Reichsinnenministers GROENER über die Tage für die Reichspräsidentenwahl sofort die Aussprache über Innen- und Außenpolitik anschließen. Für jede Fraktion sind drei Stunden Redezeit vorgesehen. Man nimmt an, daß diese Aussprache am Freitag beendet sein wird, so daß die Abstimmung über die vorliegenden Anträge (Mißtrauensanträge, Aufhebung der Notverordnungen, Auflösung des Reichstages u. s. w.) in den Abendstunden des Freitags stattfinden können. Der Reichstag wird sich dann voraussichtlich bis nach dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl vertagen.

Die NS und die DNVP werden wieder teilnehmen.

Die Aussprache in der Dienstagsitzung wird voraussichtlich von GOEBBELS eröffnet werden. Für die Deutschen Nationalen wird als erster Redner Freiherr VON FREYTAG-LORINGHOVEN zur Außenpolitik sprechen.

DVP gegen Brüning.

h Berlin, 22. Februar.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat den Beschluß gefaßt, ein Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinet einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben.

Hitler und Duesterberg kandidieren.

h Berlin, 22. Februar.

GOEBBELS hat heute in einer Massenversammlung im Sportpalast verkündet, daß HITLER als Präsidentschaftskandidat aufgestellt sei.

Die Deutschnationalen und der „Stahlhelm“ haben daraufhin den Oberstleutnant DUESTERBERG als ihren Kandidaten aufgestellt, was sie bereits vorher für den Fall einer HITLER-Kandidatur verabredet hatten. Die beiden Gruppen rechnen damit, daß im zweiten Wahlgang ein gemeinsamer Kandidat der Harzburger Front aufgestellt wird.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat um elf Uhr ihre Beratungen begonnen. Im Mittelpunkt der Besprechungen steht der Wahlauftritt der NSDAP. In diesem Auftruf wird, wie versichert wird, auch die Frage der Staatsangehörigkeit des Präsidentschaftskandidaten der NSDAP., ADOLF HITLER, ihre Antwort finden. Nach Lage der Dinge kann hierfür nur der Weg über eine Betrauung ADOLF HITLERS mit einem Amt des Landes Braunschweig in Frage kommen. Wie man hört, soll diese Frage bereits gestern endgültig entschieden worden sein.

Und die SP?

h Berlin, 22. Februar.

Im Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei sprach heute WELS über die politische Lage. Der Ausschuß bevollmächtigte den Parteivorstand einstimmig, über die Parole zur Reichspräsidentenwahl von sich aus die Entscheidung zu fällen.

Versammlungsräume an staatsfeindliche Organisationen.

h Berlin, 20. Februar.

Aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen gibt der preussische Minister des Innern in einem Runderlaß an die Kommunalaufsichtsbehörden für die Hergabe gemeindeeigener Räume usw. neue Bestimmungen heraus. Es soll in dieser Zeitspanne den Gemeinden selber überlassen bleiben, ob sie ihre Räumlichkeiten auch „staatsfeindlichen“ Organisationen zur Verfügung stellen wollen. Wenn eine Gemeinde allerdings beschließt, „staatsfeindlichen“ Organisationen auf diesem Gebiete nicht entgegenzukommen, so soll sie alle diese Organisationen gleichmäßig behandeln.

4600 Jahre China.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)

Wir bringen hier den Abschnitt „Industriekapitalismus und Arbeiterbewegung“ aus der genannten Schrift. Die Red.

Industriekapitalismus und Arbeiterbewegung.

Wir haben gesehen, daß es in China seit Jahrtausenden einen Agrarkapitalismus gibt. Die sechsen abgeschlossenen Untersuchungen haben ferner gezeigt, welche günstige Bedingungen für das Aufkommen eines „blühenden“ Industriekapitalismus in diesem Lande vorhanden sind. In der Tat gibt es einen solchen, und zwar sind chinesische und fremde Unternehmer gleich eifrig daran beteiligt.

a) Chinesische und fremde Betriebe.

Nach einer vor wenigen Jahren vorgenommenen Schätzung gibt es in China etwa 1500 moderne Fabriken, daneben aber Tausende halbmoderner Fabrikbetriebe, von denen viele nichts anderes darstellen als eine Erweiterung des Heimgewerbes. In diesem Falle ist die sogenannte Fabrik einfach ein vergrößerter Handwerksbetrieb.

Wieviele Personen zur Zeit in der modernen Industrie in China beschäftigt sind, ist schwer zu sagen. In Schanghai, dem weitaus größten Industriezentrum Chinas, sollen 1925 etwa 155 000 Arbeiter — von insgesamt etwa 500 000 — in Fabriken gearbeitet haben. In den Baumwollspinnereien und Webereien Chinas waren gegen Ende 1927 etwa 209 000 Arbeiter beschäftigt. Ferner finden angeblich etwa 300 000 Personen in der Seidenindustrie ihren Erwerb, sodaß also die beiden wichtigsten Industrien, die Baumwoll- und Seidenverarbeitung, etwa einer halben Million Menschen Arbeit geben. Für die übrigen Industrien sind selbst rohe Schätzungen kaum zu erlangen. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter (ohne Angehörige!) in China haben wir oben auf fünf Millionen geschätzt. Das ist eine geringe Zahl, gemessen an der Gesamtbevölkerung. Aber man muß sich daran erinnern, daß noch vor vierzig Jahren in China so gut wie gar keine Fabrikbetriebe bestanden. Heute sind aber die wesentlichen Vorbedingungen für eine schnelle Industrialisierung erfüllt.

Wirkliche Großbetriebe, Fabrikbetriebe mit mehr als tausend Arbeitern, gibt es nur in wenigen Industrien, nämlich in der Baumwollspinnerei, der Seidenhaspel, der großindu-

Hintergründe der Arbeitsdienstpläne.

M. B. Ueber „freiwilligen Arbeitsdienst und Siedlung“ sprach in einer Versammlung des Jungdeutschen Ordens in Römhild (Thüringen) der Reichstagsabgeordnete HESSE (Volksnationale Reichsvereinigung).

Der Jungdeutsche Orden, der nach Angabe HESSES in Thüringen energisch für die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes gearbeitet hat, setzt sich hierfür und für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein im Zusammenhang mit den Plänen zur Besiedlung des deutschen Ostens. Der Osten soll mit staatlicher Unterstützung angesiedelt werden, und dazu braucht man trainierte Arbeitskolonnen zur Ausführung der Straßenbauten, der Eisenbahnbauten und anderer Arbeiten.

Wenn man im Zusammenhang hiermit die von Herrn Hesse angeführten Gründe betrachtet, die er für die Besiedlung des deutschen Ostens hervorhob, nämlich: Förderung des nationalen Aufbaus zur Vertreibung der Polen aus dem Osten, so tritt klar hervor, welche nationalistischen Intrigen hinter der Propaganda für den freiwilligen Arbeitsdienst stecken. Dies wurde auch bestätigt durch die Schilderung des Referenten von dem Barackenloben innerhalb der Arbeitsdienstkolonnen: „Deutsche Abende“ werden veranstaltet, aus der deutschen Geschichte wird erzählt, Pfarrer kommen, um einige „schöne Stunden“ auszugestalten.

„Eiserne Front“ für Hindenburg.

P. S. Frankfurt a. M., den 21. Februar 1932.

Am Sonntag fand in Frankfurt a. M. eine große Kundgebung der „Eisernen Front“ statt, die von etwa 10 000 Menschen besucht war. Es sprachen von der Sozialdemokratie SCHEIDEMANN und für die Gewerkschaften, „Reichsbanner“ und Arbeitersportler je ein Redner. Sie alle fanden scharfe Worte gegen die Nationalsozialisten. Die Kampfformationen der „Eisernen Front“ seien entschlossen, ihren Gegnern mit den gleichen Mitteln entgegenzutreten, die diese gegen sie richten. Es gehe darum, „das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen“. Aber die Redner neigten dazu den Gegner zu leicht zu nehmen, und zeigten einen unangebrachten Optimismus. Die Arbeiterschaft würde schon mit den Nazis fertig werden.

SCHEIDEMANN führte aus, daß der wichtigste Punkt im Augenblick die Reichspräsidentenwahl sei. Die Wahl eines Sozialdemokraten oder Demokraten sei zur Zeit nicht möglich, da die Arbeiterschaft gespalten und die KPD einer vernünftigen Politik nicht zugänglich sei. HINDENBURG sei gewiß nicht der Mann unserer Wünsche, aber HITLER auf der anderen Seite, da müßten alle Bedenken fallen.

„Hier gibt es kein Wanken, kein Schwanken. HINDENBURG wählen, heißt den Faschismus schlagen.“

Diesen mit Schwung hervorgestoßenen Worten ließ SCHEIDEMANN eine kurze Pause folgen, in der der erwartete Applaus aber nicht einsetzte.

W. A. Bremen, 21. Februar 1932.

Die heutige Kundgebung der „Eisernen Front“ wurde von etwa 3500 Personen besucht. Es sprachen EGGERT vom ADGB und der Reichstagspräsident LÖBE.

EGGERT wies darauf hin, daß über den Ausgang des Kampfes gegen den Faschismus keine Zweifel mehr möglich seien, nachdem es in Deutschland die „Eiserne Front“ gebe. Wieweit wurde die parteipolitische Neutralität gewahrt? EGGERT sprach davon, daß der Kampf gegen den Faschismus geführt wird „von den Gewerkschaften Treue um Treue mit der Sozialdemokratie“. Die Kommunisten stellte er mit den Nazis auf eine Stufe.

Wie schwach in Wirklichkeit die Position der „Eisernen Front“ heute noch ist, weil sie es nicht versteht, durch ver-

nünftige Parolen (zur Reichspräsidentenwahl z. B.) eine Einheitsfront der Arbeiterklasse aufzurichten, hat LÖBE bewiesen, der in seinen Ausführungen für HINDENBURG als Reichspräsidenten Propaganda machte, und zwar unter dem Beifall der Versammlungsteilnehmer. Er hob an HINDENBURG hervor, daß dieser zum mindesten „die Verfassungsrechte nicht angetastet“ habe.

Im übrigen verstand es LÖBE mit guten Argumenten, die Nazis der Lächerlichkeit preiszugeben. Die Erfahrung zeigt aber, daß diese Lächerlichkeit nicht ausreicht, die faschistische Gefahr zu beseitigen.

Jedem Ostdeutschen seine Osthilfe.

i Liegnitz, 22. Februar.

Die im Ostdeutschen Handwerkskammertag vereinigten Handwerkskammern Königsberg, Stettin-Köslin, Stralsund, Schuedemühl, Frankfurt/Oder, Berlin, Liegnitz, Breslau, Oppeln traten am Sonnabend zu einem außerordentlichen Ostdeutschen Handwerkskammertag in Liegnitz zusammen. Die Kammern weisen als gesetzliche Berufsvertretung des Handwerks die Reichsregierung darauf hin, daß die Hilfsmaßnahmen, soweit sie in den Notverordnungen über den Sicherungsschutz ihren Ausdruck gefunden haben, die notleidenden Betriebe des ostdeutschen Handwerks zum Erliegen bringen. Die Kammern fordern unter anderem:

Die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung vom 17. November 1931 entstandenen Handwerkerforderungen sind unbedingt sicherzustellen. Sie sind den bevorrechtigten Lohnforderungen gleichzustellen. Mit größter Beschleunigung sind dem ostdeutschen Handwerk von Reichs wegen oder unter Reichsgarantie Zwischenkredite über Spar- und Genossenschaftskassen zur Verfügung zu stellen. Die im Gesetz vom 31. März 1931 vorgesehene Kredithilfe für mittlere und kleine Gewerbebetriebe durch die Bank für Deutsche Industrie-Obligationen ist ergebnislos geblieben. Das ostdeutsche Handwerk hat deshalb zu dieser Art Kredithilfe kein Vertrauen.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bochum: Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im Gasthaus „Zur Vidume“, Dorstener Str. 14. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentschaftswahl.

Bremen: Donnerstag, den 25. Februar, 20.15 Uhr. Verbandshaus der Buchdrucker. Am Wall Nr. 82, I. Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse?

Eisenach: Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr. Im Gasthof „Goldener Engel“, Katharinestraße. Thema: „Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl.“

Erfurt: Sonnabend, den 27. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstr. Thema: Die Lage in China, und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai.

Essen: Donnerstag, den 25. Februar, um 20 Uhr, im Gasthaus Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentschaftswahl.

Göttingen: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

Hannover: Mittwoch, den 24. Februar, 20.15 Uhr, im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1. Thema: Schafft die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zur Reichspräsidentenwahl.

Kassel: Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der ISK und die Reichspräsidentenwahl. (Kein Ausschank!)

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

striellen Tabakverarbeitung, in der Eisen- und Stahlindustrie, in der großen Handelspresse von Schanghai und vielleicht in der Getreidemüllerei und der Streichholzfabrikation. Wirkliche Industriestädte, die diesen Namen verdienen, sind Kanton, Hankau, Tientsin, Harbin (in der Mandchurei) und vor allem Schanghai, die erste und einzigartige Industrie- und Handelsstadt des Landes.

Der chinesische Industrialismus hat den von sich selber regierenden Konzessionsgebieten der Europäer seinen Ausgang genommen. Schanghai, die umfangreichste dieser internationalen Niederlassungen, ist nicht nur die größte Industriestadt Chinas, sondern auch der Ort mit der höchstentwickelten Gewerkschaftsbewegung. Allerdings ist die industrielle Tätigkeit der Fremden in Schanghai von geringerer Bedeutung als ihre Handelstätigkeit. Etwa zwei Drittel der Fabriken sind in den Händen chinesischer Unternehmer. Diese beschäftigen jedoch nur ungefähr halb so viele Arbeitskräfte wie die fremden Unternehmen, da diese meist einen größeren Umfang haben. Dennoch wird die Zahl der in den fremden Fabriken Schanghai arbeitenden Männer, Frauen und Kinder gering sein im Vergleich zu der Zahl der Tagelöhner, die bei fremden (insbesondere englischen) Handelsfirmen als Hafenarbeiter u. s. w. beschäftigt sind.

Leider gibt es kein umfassendes neues statistisches Material über die Zahl der Industrieunternehmen in China, über das Verhältnis zwischen chinesischen und fremden Betrieben und ihren Arbeitern. Wir müssen uns darauf beschränken, einige Uebersichten aus den wichtigsten Industrien zu geben. Betrachten wir zuerst die Verhältnisse in der Baumwollindustrie. Für das Jahr 1925 ergibt sich folgende Uebersicht:

Nationalität der Unternehmer	Zahl der Betriebe	Spindeln	Webstühle	Arbeiter
Japaner	73	1 881 822	16 381	188 571
Chinesen	45	1 328 920	7 205	59 698
Engländer	4	205 820	2 348	16 500
Insgesamt*	122	3 414 062	25 934	264 769

Aus den Ziffern geht hervor, daß die wenigen englischen Betriebe alle sehr groß sind und im Durchschnitt 4000 Arbeiter

*) Bis Ende 1927 war die Zahl der Spindeln in diesen Betrieben auf 3,67 Millionen, die der Arbeiter auf 234 540 gewachsen.

beschäftigen. Weiter ergibt sich, daß die Zahl der Webstühle im Verhältnis zu der der Spindeln gering ist. Das kommt daher, daß die chinesischen Spinnerereien das Garn oftmals ins Innere des Landes verkaufen, wo es von den Bauernfrauen während der langen Winterabende auf Handwebstühlen zu Stoff gewoben wird.

Die folgenden Zahlen zeigen das schnelle Wachstum der chinesischen („eingeborenen“) Baumwollspinnereien von 1919 bis 1925 und die Ausbreitung der Industrialisierung:

Jahr	Zahl der Betriebe	Spindeln	Webstühle
1919	29	659 752	2 050
1920	37	856 894	4 540
1921	51	1 288 902	6 650
1922	64	1 593 034	9 816
1923	54	1 498 672	8 581
1924	58	1 650 004	10 461
1925	69 +	1 881 822	16 861

+ Dazu vier Betriebe, die gerade errichtet wurden.

Wir sehen an diesen Zahlen die schnelle Entwicklung der chinesischen Unternehmungen. Diese Entwicklung wird bestätigt durch die in gleicher Weise gestiegene Maschineneinfuhr.

Maschineneinfuhr. In 1000 Haikuan-Taels.**								
Jahr	Landwirtschaftliche Maschinen	Maschinen für elektrische Kraftwerke	Maschinen zum Druck, Buchbind. u. Papierschneid	Treibkraftmaschinen	Pumpen	Maschinen für die Textilindustrie	Näh- und Strickmaschinen	Werkzeugmaschinen
1913	113	—	—	642	—	837	894	—
1924	260	808	1032	1963	282	5510	699	455
1925	161	858	651	1920	643	3407	404	221
1926	511	832	580	1901	534	4058	650	291

** Der Haikuan-Tael ist der Wertmaßstab der Seccollverwaltung bei Berechnung der Zölle und Warenvorräte.

(Fortsetzung folgt.)

Konjunktur-Voraussage für die U. S. A.

Gestern haben wir die neuesten konjunkturpolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten: die Gründung der Reconstruction Finance Corporation (der Wiederaufbau-Gesellschaft) und die Aenderung des Notenbankgesetzes beschrieben. Wir fanden, daß sie das auf einmal versuchen, was in Deutschland durch Bankenkredit, Osthilfe und Subventionen stückweise gemacht worden ist. Im Folgenden wollen wir die voraussichtlichen Wirkungen der neuen Maßnahmen feststellen.

Vergleichung der amerikanischen und deutschen Wirtschaftspolitik.

Das Charakteristische aller angeblich zur Bekämpfung der Krise ergriffenen Maßnahmen, in der Union wie in Deutschland, besteht darin: durch Kreditgewährung erstens Bankrotte hintanzulassen, die anderenfalls (bei der früher üblichen Methode der Krisenbereinigung) schon längst eingetroten wären, und zweitens Arbeit zu beschaffen, meist durch Eisenbahn-Aufträge, also insbesondere durch Aufträge an die Schwerindustrie.

Allerdings weist der „Deutsche Volkswirt“ Nr. 21, vom 19. Februar, darauf hin, daß der Kreditausweitung eine Schwierigkeit im Wege steht: die Initiative von Kreditnehmern ist erforderlich. Aus dem Rückgang des Kreditgeschäfts bei den großen amerikanischen Privatbanken schließt der „Deutsche Volkswirt“, daß deshalb Grund vorhanden ist, an einer bevorstehenden Kreditausweitung zu zweifeln. — Aber hier liegt ein Fehlschluß vor. Denn in einer anderen Lage als die großen Banken befinden sich die kleinen Banken in den Farmer-Staaten; und für diese Banken (mit Kapital von weniger als 500 000 Dollar) sind, wie wir gestern meldeten, besondere Erleichterungen für die Erlangung von Krediten getroffen worden. Dazu kommt, daß Kredite zur Finanzierung von Eisenbahnbauten geplant sind. — Wozu sonst als zur Kreditausweitung sollten auch sonst die neuen Maßnahmen beschlossen worden sein?

Zwar besteht äußerlich ein beträchtlicher Unterschied zwischen den — zunächst — in Deutschland und in Amerika drohenden Bankerotten. In Deutschland setzt man alle Hebel in Bewegung, um unmittelbar den Bankrott der Großgrundbesitzer und Großindustriellen zu verhindern. In Amerika dreht es sich zunächst in erster Linie um die Verhinderung des Bankrotts von mittleren und kleinen Farmern und der von ihnen abhängigen kleinen Banken in den Farmer-Staaten. Aus dem gleichen Grund hat man in den verflochtenen zwei Jahren durch den Ankauf von Baumwolle und Weizen aus Bundesmitteln die Preise zu Gunsten der Farmer zu halten gesucht. Aber, wenn man dieser Sache auf den Grund geht, ist der Unterschied ein nur äußerlicher. Die Not der Farmer beruht nämlich gerade auf der amerikanischen Politik zu Gunsten großer Teile der Industrie.

Die Schulden- und Steuerlast der Farmer ist eine Folge des Krieges und der Wirtschaftspolitik während des Krieges; und diese Maßnahmen unterstanden der Leitung der „Wirtschaftsführer“, der Hochfinanz und der Großindustriellen in den Großstädten des Ostens und in anderen Großstädten wie Chicago. Nach dem Krieg hat der Hochschutzzoll zu Gunsten der amerikanischen Industrie es den außer-amerikanischen Kunden der amerikanischen Farmer sehr erschwert, Industriewaren nach Amerika zu liefern und sich so die Dollars zu beschaffen, mit denen sie amerikanischen Getreide hätten kaufen können.

Die erforderliche Neuordnung.

Die Reorganisation dieser verfahrenen Lage, ohne gleichzeitige Reformen in anderen Ländern, werden die Amerikaner vollständig nur mit sehr großen Opfern erreichen können. Von entscheidender Bedeutung wäre es, wenn zu den ihnen möglichen Maßnahmen auch eine Reform der europäischen Wirtschaftspolitik hinzukäme. (Vergleiche hierzu unseren Leitartikel vom 22. Januar.) Aber immerhin könnten die Amerikaner schon von sich aus viel erreichen, wenn sie z. B. eine Steuerreform durchführen würden, der gemäß gewisse Ausgaben der Einzelstaaten (nämlich die für Schulen und Wege, die Hauptaufgaben der Einzelstaaten) zu Bundesausgaben gemacht werden würden.

Da Bundesausgaben durch Bundessteuern zu decken sind und da die Bundeseinkommensteuer alle Einkommen in der Union (anstatt in dem jeweiligen Einzelstaat) erfaßt, so würden die reicheren Staaten im Osten und am Pazifischen Ozean herangezogen werden zur Bestreitung der Schul- und Wegelasten in den ärmeren Farmerstaaten. — Ferner ist ein Senkung der amerikanischen Industriezölle zur Behebung der internationalen Agrarkrise erforderlich; denn erst nach einer Senkung können die Europäer mehr Industrieprodukte nach den U. S. A. einführen und als Gegenwert mehr Agrarprodukte aus den Vereinigten Staaten beziehen.

Aber alle diese Maßnahmen würden darauf hinauslaufen, die Industrie- und Bankkrisen der Union in stärkerem Maß als bisher zu belasten. Da andererseits die Farmer auf diesem Wege entlastet werden würden, so liefen diese Reformen darauf hinaus, die Lasten in der Union gleichmäßiger als bisher zu verteilen und damit die Wirtschaft auf eine ähnliche Weise zu stabilisieren, wie wir es für Deutschland als jetzt nötig nachgewiesen haben und wie dies auch in Deutschland bei Behebung der Inflationskrise geschehen ist.

Eben dieser Reorganisation der gesamten Wirtschaft zu Lasten der Banken und der Industrie, vor allem der Schwerindustrie, suchen die Amerikaner durch ihre (der deutschen Politik ganz entsprechenden) Maßnahmen aus dem Weg zu gehen. Wenn es sich auch drüben nicht unmittelbar um die Verhinderung von Bankerotten in der Schwerindustrie handelt, sondern zunächst eben um Maßnahmen unter anderem zur Verhinderung von Bankrotten der Farmer, so dreht es sich doch wie gesagt auch in den Vereinigten Staaten darum, einer Politik aus dem Weg zu gehen, die durch Steuer- und Zoll-Reformen einer Reihe großer Industriebetriebe ihre bisherige Vorzugsstellung nehmen würde. Die Beseitigung dieser Vorzugsstellung würde auch drüben Bankerotte und Sanierungen kosten.

Konjunktur-Voraussage.

Die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 138/39, vom 21. Februar, weist darauf hin, daß die Löhne in den Vereinigten Staaten im Jahre 1931 stärker als die Preise gesunken sind. Sie spricht daher „von den rentabilitätssteigernden Wirkungen der heute besonders starken Kostensenkung“. Sie meint, daß diese Verbesserung der Rentabilität ergänzt werden könnte durch die nunmehr geplante Kreditausweitung. „Die rein wirtschaftlichen

Voraussetzungen für den Erfolg eines Ankurbelungsversuches sind also (1) heute in U. S. A. günstiger als zu jedem anderen Zeitpunkt zuvor.“

Aber dies ist ein typisches Beispiel für den heute üblichen Fehlschluß: man sucht die Rentabilität (in privatwirtschaftlichem Sinn) zu verbessern und mißachtet die Notwendigkeit, die Kaufkraft der Konsumenten zu heben, sodaß die Betriebe ihre Produkte absetzen können. Allerdings wird unter den gegebenen Umständen in den U. S. A. die Kreditausweitung zunächst zur Folge haben, daß verschiedene Geschäftszweige und Handelskammern berichten werden: „Das Geschäft geht besser.“ Und infolgedessen werden die Konjunktur-Propheten vielleicht bald von einem sich anbahnenden Konjunktur-Umschwung reden.

Alles dies darf uns jedoch nicht über die zu Grunde liegenden Bedingungen hinwegtäuschen. Jede Krise entsteht dadurch, daß die Kaufkraft der Massen nicht Schritt gehalten hat mit der Ausweitung der Produktion durch Investition der Profite. Jede Krise wird behoben durch eine Kaufkraft-Verschlebung zu Gunsten der Arbeiter und Bauern. Diese Verschlebung zu *umgehen*, ist auch in Amerika das Ziel der Machthaber. Wo, wie in Deutschland so auch in der Union, die Löhne stärker gesenkt werden als das Preisniveau, fällt der Umsatz wegen Ausfall an Massennachfrage stärker, als er etwa infolge einer Verbesserung der Rentabilität einzelner Betriebe gehoben werden könnte.

Dazu kommt in den U. S. A. die Agrarkrise. Durch die „Flüssigmachung“ der eingefrorenen Kredite werden die zahlungsunfähigen Banken und Schuldner in den Farmer-Staaten kaufkräftiger werden; und damit wird die Konjunktur belebt. Aber dies ändert nicht die zu Grunde liegenden Bedingungen, von denen die Ausfuhr der amerikanischen Agrarprodukte und damit das fortlaufende Einkommen der Farmer sowie die inner-amerikanische Nachfrage nach Industriewaren und damit die Lohnsumme der Arbeiter abhängen.

Durch die Reconstruction Corporation werden also Kredit-Reserven der Union, die *einmalig* zur Verfügung stehen, eingesetzt: nicht zur Finanzierung einer Neuordnung der Wirtschaft (die bei aller Einmaligkeit dauernd wirksam wäre und also den Einsatz einmal vorhandener Mittel rechtfertigen würde). Sondern jene Reserven werden eingesetzt, um der erforderlichen Neuordnung aus dem Weg zu gehen.

Wie in allen solchen Fällen so werden auch hier sich nach einiger Zeit die gleichen Uebelstände wieder einstellen wie die zunächst vorläufig vertuschten. Die Krise wird wieder einsetzen, wenn die jetzt ins Land gepumpte Kaufkraft aufgebraucht worden ist zur Finanzierung des Konsums (z. B. des Konsums der von den Eisenbahnen neu einzustellenden Arbeiter) oder zur Finanzierung von Sanierungsbedürftigen Betrieben (z. B. der Farmer). Denn die Nachfrage nach amerikanischen Agrarprodukten und Arbeitskräften wird nicht für die Dauer gebessert.

Der Aufgabe, für eine dauernde Besserung Sorge zu tragen, geht man auch in den Vereinigten Staaten aus dem Weg. Auch dort treibt man also Vogel-Strauß-Politik.

Illusion und Wirklichkeit.

In der ersten Zeit der Krise, bis ins Jahr 1931 hinein, meinte man allen Ernstes, die Konjunktur durch „psychologische Beeinflussung“ durch Ankurbelung des „Optimismus der Unternehmer“ heben zu können. Von diesem Wahn ist man drüben im Grunde genommen auch heute noch beherrscht. So erfahren wir folgende Meinungsäußerung aus dem Kreise der amerikanischen „Wirtschaftsführer“ über die Aussichten der Reconstruction Corporation:

„Die neue Gesellschaft soll zwei Dinge erreichen: sie soll erstens das Vertrauen wiederherstellen und die Geld-Hamsterei beenden; sie soll zweitens die Inflation (Preissteigerung durch Kreditgewährung) in Gang bringen. Wenn sie diese zwei Dinge erreicht, wird die Gesellschaft voraussichtlich niemals auch nur ihr ganzes Kapital von 500 Millionen Dollar einsetzen müssen. Die National Credit Corporation hat ganz Ordentliches geleistet, ohne je wirklich viel Geld auszuliehen. Wenn die Aussagen richtig sind, dann ist die Illusion ebenso wirksam wie die Wirklichkeit. Moral ist viel nötiger als Geld.“ (Unterstrichungen von mir. H. R.)

Sehr richtig: Moral ist viel nötiger als Geld. Sie würde sich z. B. darin zeigen, den Mut aufzubringen, um die erforderliche Neuordnung der Wirtschaft durchzuführen, um so eine dauerhafte Grundlage für die Wiederherstellung des Vertrauens zu schaffen.

Auch für Amerika gilt der Satz, den SCHACHT sich zur Richtschnur nahm bei seiner Politik zur Behebung der Inflations-Krise und der jetzt wieder in Deutschland angewandt werden sollte: daß es nämlich darauf ankommt, die Bankrotte einiger Großbetriebe in Kauf zu nehmen und also

einen Kurs zu steuern, bei dem der Sturm „aus dem Schiff nun eine Reihe von Existenzen vielleicht herausholt und verschlingt, aber den Rest ungefährdet passieren läßt.“
Herbert Reinmann.

Preisdictator Goerdeler.

Wer Tapeten billig kauft, wird bestraft.

Selbst in den kleinsten Amtsblättern der Provinz wird eine Verordnung über den Handel mit Papiertapeten veröffentlicht. Man sollte meinen, Herr GOERDELER wolle mit Hilfe dieser Verordnung eine Preisherabsetzung auch im Handel mit Papiertapeten erzwingen. § 4 dieser Verordnung besagt aber gerade das Gegenteil. Es heißt darin: „Rabatte auf die nach § 2 festgelegten Preise dürfen vom Tapetenhändler an Verbraucher nicht gewährt werden.“ § 6 ergänzt diese Vorschrift durch Strafbestimmungen, die sogar denjenigen treffen sollen, dem es gelingt, sich höhere Rabatte zu verschaffen.

Ist es wirklich die Aufgabe des Herrn GOERDELER, die Preise auf diese Weise hoch zu halten?

Ein Erfolg (!) des Preiskommissars.

Wir wollen ihn nicht verschweigen: Der Kleinhandelspreis für Milch ist in Berlin kürzlich um 4 Pf. heraufgesetzt worden; auf Eingreifen GOERDELERS hin ist er jetzt um 2 Pf. heruntersetzt worden (nicht vom alten, sondern vom erhöhten Stand aus gerechnet!). — Zwei Schritte zurück, einen Schritt vorwärts —, so kommt man rasch zum Ziel!

6 127 000 Arbeitslose.

Die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen ist in Deutschland von Ende Januar bis Mitte Februar um 86 000 gestiegen auf 6 127 000. Im Vorjahr betrug die Steigerung in derselben Zeit 109 000. Nach Ansicht der Reichsanstalt dürfte der winterliche Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr Ende Februar liegen. Die Entwicklung während dieses und der beiden vorhergehenden Winter zeigt unsere nachstehende Tabelle:

Arbeitslose in Deutschland.
(In Tausenden.)

Monat	1929/30	1930/31	1931/32
Ende Oktober	1557	3252	4623
Ende November	2036	3699	5060
Ende Dezember	2851	4384	5668
Mitte Januar	3092	4785	5986
Ende Januar	3218	4887	6041
Mitte Februar	3321	4991	6127
Ende Februar	3366	4972	—
Ende März	3041	4744	—
Ende April	2787	4358	—

Eine spürbare Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt rein aus Saisonsgründen ist, wie die Zahlen für die Vorjahre zeigen, erst im März und April zu erwarten. Wenn gleichzeitig durch Wirtschaftspolitik zur Ankurbelung der Wirtschaft ernische Schritte in der von uns wiederholt geforderten Richtung unternommen werden, läßt sich rasch eine erhebliche Besserung der Lage erzielen.

Es ist also wichtig, daß der geplante Krisenkongreß der Gewerkschaften bald zusammentritt und von der Reichsregierung fordert, endlich eine Wirtschaftspolitik zur Behebung statt zur Verschärfung der Krise zu treiben.
Rpt.

Dem Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamts Brandenburg

für die Zeit vom 1. bis 15. Februar entnehmen wir folgende Angaben für die Provinz Brandenburg und die Grenzmark Posen-Westpreußen:

	am 31. 1.	am 15. 2.
Arbeitsuchende	855 229	872 194
davon in Berlin	600 190	615 168
Aus der Arbeitslosenversicherung		
unterstützt	239 802	239 406
davon in Berlin	142 462	141 711
Krisenunterstützte	214 721	218 975
davon in Berlin	151 564	154 876
Wohlfahrtserwerbslose	265 345	—
davon in Berlin	215 896	—

DEUTSCHLAND

In der rheinisch-westfälischen Ziegeler-Industrie waren im Durchschnitt des Jahres 1931 nur 30—35 Prozent der vorhandenen Werke in Betrieb. Die jährliche Erzeugungsfähigkeit beträgt 1500 Millionen Steine, die tatsächliche Produktion dagegen im Jahre 1930 nur 700, im Jahre 1931 sogar nur 250 Millionen Steine.

Der Gesamtabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats betrug im Januar 6,1 Millionen Tonnen gegenüber 5,9 Millionen Tonnen im Vormonat und 8,3 Millionen Tonnen im Januar 1931.

Der Flaschenabsatz der deutschen Glashütten betrug:

1912	563 Millionen Stück
1930	268 Millionen Stück
1931	180 Millionen Stück

Der Duisburg-Ruhrorter Hafenverkehr hat gegenüber dem Vorjahr stark abgenommen:

	Jan. 1931	Jan. 1932
Ladung der Kähne und Dampfer	1 600 000 t	900 000 t
davon Kohle	1 100 000 t	600 000 t
davon Koks	89 000 t	62 000 t
davon Erze	152 000 t	22 000 t
davon Eisen	59 000 t	27 000 t
davon Getreide	36 000 t	24 000 t

Nur noch die Hälfte der Metallarbeiter ist vollbeschäftigt. Es waren vollbeschäftigt am 1. Februar 1930 81,8 Prozent
1. Februar 1931 64,1 Prozent
1. Februar 1932 49,5 Prozent.

FRANKREICH

Der Produktionsindex stand im Mai 1930 auf seinem Höhepunkt 141; im Dezember 1930 war er auf 134 gesunken, im November 1931 auf 114 und im Dezember 1931 auf 111.

Infolge der starken Steigerung der auf Schuhe erhobenen Schutzzölle ist die französische Schuhindustrie von 668 000 Paar im Dezember 1931 auf 146 000 Paar im Januar 1932 gesunken, das ist eine Verminderung um 78 Prozent. — Wann wird Herr BATA in Frankreich eine Schuhfabrik errichten?

In einer Versammlung der Reedereivereinigung von Rouen wurde eine allgemeine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent für alle seefahrenden Angestellten beschlossen. Diese Maßnahme ist bereits von einer Reihe anderer großer Reedereien durchgeführt worden.

Der 27 km lange Mosel-Kanal von Metz nach Diedenhöfen, der als Reparationsauftrag von deutschen Firmen gebaut worden ist, soll demnächst in Betrieb gesetzt werden. — Auf diese Weise können Reparationen bezahlt werden!

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.		Jenseits.	
	Berliner Produktenbörse.	Wochendurchschnitt.	Hamburg.	Hamburg.
	15 2.-20. 2	Vorwoche.	Vorjahr.	20 2
Weizen	24,81	24,40	27,25	11,22
Roggen	19,88	19,50	15,59	8,50
Braugerste	16,60	16,40	20,85	9,88
Futtergerste	15,71	15,50	19,70	9,35
Hafer	15,08	14,89	14,11	8,09
Weizenmehl	32,19	31,13	34,94	—
Roggenmehl	28,88	28,25	24,80	—